

Alternative Statuskonferenz zur Standortsuche für ein Atommüll-Lager

Hannover, 9. November 2019

## **Zwei Jahre Tappen im Dunkeln – eine Einführung**

Jochen Stay, .ausgestrahlt

*Zur Einführung läuft der [.ausgestrahlt-Film](#) über die Mängel des Standortauswahlverfahrens.*

Das Problem: Bleibt es beim Abschalten der letzten AKW Ende 2022, dann gibt es in Deutschland etwa 17.000 Tonnen hochradioaktiver Atommüll in 1.900 Castor-Behältern. Das bedeutet Gefahr für Mensch und Umwelt für mehr als eine Million Jahre. Egal, welche langfristige Lagermethode gewählt wird: Es gibt keine absolute Sicherheit für so lange Zeiträume.

Die Zwischenlager, in denen der Atommüll derzeit aufbewahrt wird, sind nur für 40 Jahre genehmigt; die Castor-Behälter nur für 40 Jahre ausgelegt. Die Genehmigungen an den 16 Zwischenlager-Standorten enden in den 30er und 40er Jahren.

Es gab – und es gibt immer noch – einen Konflikt um die Nutzung Atomkraft. Da konnte und kann man dafür oder dagegen sein, konnte den Bau von AKW verhindern oder für ihre Abschaltung kämpfen.

Beim Atommüll verhält es sich anders. Der Atommüll ist da. Er lässt sich nicht wegzaubern. Er lässt sich nicht abschalten oder stilllegen. Da können wir nicht sagen: „Atommüll – Nein Danke“.

Doch wir können fordern, dass kein weiterer produziert wird. Wir können fordern, dass mit dem vorhandenen Atommüll so verantwortungsvoll wie möglich umgegangen wird, um das Risiko für unsere Nachkommen zu minimieren. Und schließlich können wir uns wehren gegen staatliches Handeln, wenn es dieser großen Aufgabe nicht gerecht wird.

So, wie die staatlichen Institutionen, die für den Atommüll zuständig sind, derzeit handeln, ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass nicht der am wenigsten schlechte Standort gefunden wird, sondern derjenige, der sich aufgrund politischer Machtverhältnisse herauskristallisiert. Und damit ist das Risiko groß, dass dieser Standort am Widerstand der Bevölkerung scheitert.

Wer verfolgt, wie schwer es derzeit ist, auch nur einen Windpark durchzusetzen, kann sich vorstellen, was dann erst bei einem Atommüll-Lager los sein wird.

Es geht schließlich darum, dass ein Ort für die ganze Gesellschaft das Atommüll-Risiko auf sich nimmt – und zwar bis in alle Ewigkeit. Dass da die Leute erstmal sagen, sie wollen dieses Risiko nicht, ist nachvollziehbar.

Und wenn dann das Atommüll-Bundesamt, BfE, ab Januar umbenannt in BSE, wenn also diese Behörde nichts Besseres zu tun hat, als denjenigen, die Kritik äußern oder mit Sorge reagieren, vorzuhalten, sie stünden gegen das Allgemeinwohl, das ist schon heftig – und führt eher zu einer Eskalation des Konfliktes.

Genauso wie die Tatsache, dass den Menschen in den Such-Regionen vorgegaukelt wird, es gäbe eine Beteiligung der Öffentlichkeit. Wenn sie dann erstmal in diesen Gremien sitzen, die viel reden können, aber nichts zu sagen haben, führt dies zu Frust und ebenfalls zu Eskalation. Der Kommunikations-Experte Friedemann Schulz von Thun sagt: „Wer sich nicht erhört fühlt, verhält sich un-erhört.“

Wer möchte, dass eine Region das Atommüll-Risiko auf sich nimmt, der muss den Menschen aus potenziellen Standort-Regionen echte Mitbestimmungsrechte einräumen. Daraus entsteht Vertrauen, entsteht Verantwortungsbewusstsein, entsteht die Chance auf eine Verständigung.

Mitbestimmung macht Ergebnisse besser. Denn wer erstmal aus dem Impuls heraus handelt, dass er oder sie ein Risiko vermeiden will, sucht intensiv nach Fehlern. Und wenn Fehler gefunden werden, bevor Tatsachen geschaffen worden sind, können Konsequenzen gezogen werden. Aber nur dann, wenn diejenigen, die die Fehler finden, ernstgenommen werden müssen.

Hätten diejenigen, die schon in den 60er Jahren wussten, dass in die Asse innerhalb weniger Jahrzehnte Wasser eindringen wird, echte Mitbestimmungsrechte gehabt, wäre das Desaster vermeidbar gewesen. So hat niemand auf sie gehört.

2011 haben Bund und Länder beschlossen, die Standortsuche neu zu starten und es besser zu machen, als in der Vergangenheit. Was lag da näher als in den Regionen rund um Gorleben, Schacht Konrad, der Asse und Morsleben nachzufragen. Dort leben Menschen, die aufgrund ihrer schlechten Erfahrungen aus der Vergangenheit ganz genau sagen können, welches staatliche Handeln es braucht, damit Vertrauen wächst, ganz einfach, weil sie genau wissen, wie ihr Vertrauen zerstört wurde. Doch die Regierenden haben diese Chance nicht genutzt, haben keine gesellschaftliche Verständigung gesucht, sondern das unter sich ausgemacht. Ein folgenschwerer Fehler.

2013 haben Initiativen und Umweltverbände der Bundesregierung die Zusammenarbeit in Sachen Atommüll angeboten, wenn es eine faire Verständigung über das Suchverfahren gibt. Auch diese Chance wurde verpasst.

2016, als der BUND in der Atommüll-Kommission gegen den Abschlussbericht votierte, immerhin war er der einzige Umweltverband, der überhaupt in die Kommission gegangen war, hat der Bundestag nicht verstanden, dass es Zeit ist, noch einmal neu zu reden, sondern die Gesetzgebung einfach durchgezogen. Und dies, obwohl im Abschlussbericht zu lesen war:

*„Die Akzeptanz des weiteren Prozesses wird aber ganz entscheidend davon abhängen, inwieweit es gelingt, auch die Bevölkerung in bereits betroffenen Gebieten und die dort ansässigen zivilgesellschaftlichen Initiativen und Verbände mit ins Boot zu holen.“*

Zwar gibt es nun ein Nationales Begleitgremium, aber darin sitzen ganz bewusst keine Vertreter\*innen aus potentiell betroffenen Regionen, sondern ausgeloste Zufallsbürger\*innen. Das NBG ist bis an die Belastungsgrenzen seiner Mitglieder aktiv, doch ohne Ergebniswirksamkeit. Denn seine Empfehlungen werden von Bundestag, Regierung und Behörden nicht aufgegriffen. So wird das Gremium unfreiwillig zum Feigenblatt für ein schlechtes Verfahren.

Auf der ersten Statuskonferenz des Atommüll-Bundesamtes vor einem Jahr waren über 200 Teilnehmende. Das wurde dann als Sternstunde der Bürger\*innen-Beteiligung gefeiert. Bis ich darum gebeten habe, dass mal alle aufstehen, die nicht aus beruflichen Gründen anwesend sind. Es waren etwa fünf.

Trotz Kritik findet auch dieses Jahr die 2. Statuskonferenz des Bundesamtes unter der Woche statt, nächste Woche Donnerstag und Freitag, wenn viele Menschen schlicht keine Zeit haben, zwei Tage in Berlin zu sein. Das BfE sagt, ihre Konferenz sei eben vornehmlich für ein Fachpublikum.

Deshalb gibt es heute diese Alternative Statuskonferenz. Sie ist ein Schritt auf dem Weg zum 3. Quartal 2020. Dann wird es die erste amtliche Landkarte geben, im sogenannten Zwischenbericht Teilgebiete. So wie es sich derzeit abzeichnet, wird die BGE relativ viele Teilgebiete benennen. Dann werden also in zahlreichen Regionen die Menschen auf das Thema aufmerksam werden, werden sich informieren, organisieren und einmischen.

Doch dann wird es einen gigantischen Zeitdruck geben. Denn laut Gesetz ist der nächste Schritt die sogenannte Fachkonferenz Teilgebiete, in der Menschen aus all diesen Regionen zusammenkommen sollen, um eine gemeinsame Stellungnahme abzugeben. Doch diese Konferenz darf sich, so steht es im Gesetz, nur drei Mal treffen und muss sich nach sechs Monaten wieder auflösen. Es ist unter diesen Vorgaben für Laien schlicht unmöglich, in ihrer Freizeit das aufzuholen, was die Fachleute in den Institutionen in den letzten drei Jahren erarbeitet haben.

Umso wichtiger ist es, dass es bis zum Sommer 2020 immer mehr Menschen gibt, die sich bereits mit dem Suchverfahren und mit seinen kritischen Punkten auseinandersetzen. Genau damit wollen wir heute gemeinsam anfangen. Viele in diesem Saal werden im nächsten Jahr gebraucht, als Multiplikator\*innen, als kritische Ratgeber\*innen für die Menschen in den betroffenen Regionen.

Es wird ein Kraftakt, denn die staatlichen Institutionen haben große Budgets und viel Personal für ihre PR-Arbeit. Dem setzen wir Selbstorganisation mit schmalen Geldbeutel entgegen. Denn wir wissen: Ab dem 3. Quartal 2020 werden sich die Kräfteverhältnisse ändern. Dann gibt es an vielen Orten in der Republik Verbündete im Streit für ein faires Suchverfahren.

Ich freue mich auf den ersten Schritt, den wir heute gemeinsamen gehen.